



Die amerikanischen Parteien grenzen sich nicht nur in Sachfragen, sondern auch kulturell voneinander ab.

GIORGIO VIERA / AFP

Stammeskrieger statt Wahlvereine

Früher waren in den USA Parteien und Wähler bunt und flexibel, heute ist das ganze Land bis tief ins Lokale hinein fanatisch entzweit. Gastkommentar von Stephan Bierling

Vor fünfzig Jahren waren die amerikanischen Parteien grosse Zelte, in denen sich Politiker und Wähler unterschiedlichster weltanschaulicher Couleur zusammenfanden. Die Demokraten zogen rechte Südstaatler an und linke Schwarze, Säkulare und Katholiken, die Republikaner Farmer im Mittleren Westen und Unternehmer in Kalifornien, Internationalisten und Isolationisten. Ein Demokrat in Texas hatte meist konservativere Ansichten als ein Republikaner in Massachusetts, verbindliche nationale Parteiprogramme existierten nicht.

Wähler waren flexibel, Parteien heterogen, bei Wahlen schickten die Parteibosse Kandidaten ins Rennen, die sie für mehrheitsfähig hielten. Im Kongress stimmten Demokraten wie Republikaner bald mit dem Präsidenten ihrer Partei, bald gegen ihn, parteiübergreifende Koalitionen waren die Regel.

Heute sind die Parteien keine lockeren Wahlvereine mehr, sondern hermetische Kampfverbände. Im Kongress votieren Republikaner und Demokraten immer geschlossener, es regiert Fraktionsdisziplin wie in parlamentarischen Regierungssystemen. Bei der Wahl der letzten vier Richter in den Supreme Court etwa gab es im Senat weniger Parteiabweichler als bei fast allen entsprechenden Abstimmungen seit 1888.

Alle im Gleichschritt

Auch wählen die Bürger homogener: Votierten sie früher schon einmal für einen republikanischen Präsidenten und einen demokratischen Senator, ist dieses Ticket-Splitting perdu. Amerika kennt nur noch Stammwähler, Wechselwähler machen gerade 7 Prozent aus. Es dominieren ideologische Gleichförmigkeit und Parteisoldatentum, die nationalen Parteiorganisationen haben ihre Macht auf Kosten der gliedstaatlichen ausgebaut und regionale Eigenheiten plattgewalzt. Ein Demokrat in Massachusetts ist jetzt genauso links wie ein Demokrat in Texas. Fast alle Gliedstaaten werden mittlerweile von einer Partei dominiert. Gab es 1976 noch

Die Politiker haben spalterische Themen wie Abtreibung und Waffenkontrolle in die Wählerschaft hineingetrieben, weil diese die Bürger am zuverlässigsten zur Stimmabgabe motivieren.

29 Swing States, also bei Präsidentschaftswahlen umkämpfte Staaten, schrumpfte ihre Zahl bis 2024 auf ein halbes Dutzend.

Die Bürger beurteilen fast jeden Politik- und Lebensbereich danach, ob sie sich zu den Demokraten oder den Republikanern bekennen. Was man von Präsidenten hält oder wie man die Wirtschaftsentwicklung bewertet – alles wird durch die parteipolitische Brille gefiltert. Ein paar Zahlen: Ende 2023 hielten nach einer Erhebung der «Washington Post» und der Universität Maryland 91 Prozent der Demokraten Joe Biden für den legitimen gewählten Präsidenten, aber nur 31 Prozent der Republikaner. Und in den letzten Julitagen fanden laut dem Umfrageinstitut Yougov 45 Prozent der Demokraten, aber lediglich 3 Prozent der Republikaner, die Wirtschaft laufe gut.

Gemeinsamer Feind

Der Grund für diese Kluft: Parteien sehen sich mehr als rivalisierende Stämme denn als Sammelbecken und grenzen sich nicht nur in Sachfragen, sondern auch kulturell voneinander ab. Verantwortlich dafür sind die Politiker. Sie haben spalterische Themen wie Schulgebet, Waffenkontrolle, Abtreibung, Religion oder ethnische Herkunft in die Wählerschaft hineingetrieben, weil diese die Bürger am zuverlässigsten zur Stimmabgabe motivieren. Das schuf zwei Gruppenidentitäten entlang von Parteiliniern – hier die woke, multiethnische, gut ausgebildete Grossstädterin, dort der konservative, weisse Landbewohner ohne Collegeabschluss. Unter Dauerbeschallung durch Politiker, Parteien und parteiische Medien haben sich die Bürger in zwei Amerikas sortiert.

Dabei ist es nicht die Identifikation mit der eigenen Partei, die sich verändert hat, sondern der Groll auf die andere – speziell seit 2012. «Nichts schweisst eine Gruppe mehr zusammen als ein gemeinsamer Feind», analysierte der amerikanische Journalist Ezra Klein 2020 in seinem Buch «Der tiefe Graben».

Hillary Clinton denunzierte Sympathisanten von Donald Trump als «Bemitleidenswerte», er nannte seine Gegner wiederum «Ungeziefer». Die Politikwissenschaftlerin Lilliana Mason von der Johns Hopkins University hält Parteibindung inzwischen für eine Art «Megaidentität». Das Einzige, worin beide Parteien heute noch übereinstimmen, ist, dass die andere «korrupt» und «unehrlich» sei. 65 Prozent der Republikaner denken das laut Yougov von den Demokraten, umgekehrt sind es 56 Prozent.

Für identitäre Demokraten und Republikaner sind Multikulturalismus, Zuwanderung, LGBTQ-Rechte, Klimaschutz oder Black-Lives-Matter-Bewegung keine Themen, die kontrovers diskutiert werden können, sondern sie stilisieren sie entweder zum unverrückbaren Ausdruck oder zur existenziellen Bedrohung ihrer Lebensweise.

Selbst nationale Zeremonien wie die Präsidentschaftsansprache zur Lage der Nation geraten ins Räderwerk der Parteipolitik. Bis ins 21. Jahrhundert war sie getragen von Respekt gegenüber dem Amtsinhaber. Das hat sich geändert, seit ein Republikaner Barack Obama 2009 ein «Sie lügen!» entgegenschleuderte. Damals wurde er vom gesamten Haus noch formal gemassregelt. Einen weiteren Tiefpunkt erlebte die Rede, als die Speakerin Nancy Pelosi 2020 das ihr vorliegende Manuskript Trumps vor laufenden Kameras zerriss. Biden schliesslich wurde 2023 mit Zwischenrufen von Republikanern wie «Lügner!» und «Bullshit!» bedacht.

Organisatorisch schwach

So sehr Parteien heute das Verhalten der Amerikaner prägen, so schwach sind sie paradoxerweise organisatorisch. Ihr Niedergang begann Anfang der siebziger Jahre, als die Demokraten die Kür ihrer Präsidentschafts- und Kongressbewerber den Parteibossen entrissen und durch Vorwahlen dem Parteivolk überliessen. So nobel und demokratisch diese Neuerung gewesen sein mag, sie trug ein enormes Risiko in sich, wie James Bennet, USA-Kolumnist des Politmagazins «The Economist», festhält: «Ein Parteiapparat, der keinen Einfluss auf die Wahl der Spitzenkandidaten hat, hat auch wenig Einfluss auf alles andere.»

Seither haben wiederholt Aussenseiter nicht nur Nominierungen für den Senat und das Repräsentantenhaus gekapert, sondern auch für die Präsidentschaft. Jimmy Carter, Bill Clinton, Barack Obama und Donald Trump schalteten auf ihrem Weg ins Weisse Haus jeweils die Favoriten ihres Parteiestablishments aus. Ihnen halfen Reformen der Wahlkampffinanzierung. Bis in die nuller Jahre flossen Spenden meist an die Parteien, die damit ihre Kandidaten unterstützten. 2009 und 2014 erlaubte das Oberste Gericht aber Lobbygruppen von Unternehmen und Verbänden, sogenannten Super-PAC, sowie Gewerkschaften und Wirtschaftsorganisationen, Geld unbegrenzt und direkt in Wahlkämpfe zu pumpen.

Im Wahlkampf 2020 gaben diese Gruppen drei Mal so viel Geld aus wie die nationalen Parteien. Die Kandidaten emanzipierten sich damit noch stärker von ihren Parteien. Zwar versuchte deren Establishment, sich wieder Mitsprache zu verschaffen, indem es sich früh hinter favorisierte Präsidentschaftsbewerber stellte und nichtgewählte sogenannte Superdelegierte aus dem Kreis der Mandatsträger für die Nominierungsparteitage einführte. Aber beides verpuffte.

Die Folge: Präsidentschaftskandidaten und Präsidenten bestimmen heute Inhalte und Personal der Partei stärker denn je. Bei den Demokraten läuft dies etwas ziviler ab, weil die Partei dauernd Kompromisse schmieden muss zwischen ihren heterogenen Flügeln: den Sozialisten um Bernie Sanders, den woken Kulturkriegern an den Universitäten und in Hollywood, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und den globalisierungsfreundlichen Tekkies im Silicon Valley.

Nach Bidens Debattendeckelung am 27. Juni gelang es den Parteigranden um Nancy Pelosi, Chuck Schumer und Barack Obama sogar, den Präsidenten zum Rückzug seiner erneuten Kandidatur zu bewegen. Tatsächlich hatten mehr und mehr Parlamentarier und Gouverneure der Demokraten befürchtet, der schlaffe Biden reisse sie mit in den Abgrund. Diese Nahtoderfahrung rüttelte den Parteiapparat wach – vorübergehend zumindest.

Bei den Republikanern hingegen hat mit Trump ein Aussenseiter die Partei 2016 gekapert und sie sich ganz und gar untertan gemacht. Im Alleingang warf er Glaubenssätze der Grand Old Party über Bord, etwa Freihandel, solide Haushalte, Immigrationsfreundlichkeit oder Unterstützung für Nato und Alliierte. Trump erhob die Lüge von der gestohlenen Wahl zum Dogma, etablierte Kadavergehorsam als alleiniges Karriereprinzip, ernannte eine Schwiegertochter zur Co-Parteigeschäftsführerin. Der Parteiapparat hat einzig noch die Aufgabe, seinen Wahlkampf organisatorisch zu unterstützen – ohne jeden inhaltlichen oder personellen Input. Die Republikaner des Jahres 2024 haben nichts mehr gemein mit einer Partei im herkömmlichen Sinn, sie sind eine Sekte im Dienste ihres Gurus.

Stephan Bierling lehrt internationale Politik an der Universität Regensburg. Mitte September erscheint sein neues Buch «Die Unvereinigten Staaten. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie» im Verlag C. H. Beck.